

Reformprozess in Bosnien und Herzegowina abermals am Scheideweg?

ENTSCHEIDUNG DER REGIERUNG DER REPUBLIK SRPSKA

Eskalationen und Provokationen in Bosnien und Herzegowina (BuH)

Seit dem 30. November 2015 gibt es eine Reihe von Entscheidungen auf Entitäts- und Staatsebene, die in BuH eine Spirale von Provokationen und Eskalationen bewirkt haben.

Bisheriger Höhepunkt war die am 10. Dezember gefällte Entscheidung des Parlamentes der Republik Srpska, (RS) auf mehreren Ebenen nicht mehr mit Institutionen des Staates Bosnien und Herzegowina (BuH) zusammen zu arbeiten. In der Nacht vom 09. zum 10. Dezember wurde beschlossen, dass die Polizei der RS nicht mehr mit der Staatspolizei SIPA (dem bosnischen Bundeskriminalamt, BKA) zusammenarbeiten darf und jede Form der Ermittlung durch Beamte der SIPA auf dem Gebiet der RS zu unterbinden habe. Die Regierung der RS hat ihre Polizei angeordnet, Zugang und Durchsuchungen aller Institutionen der RS und aller kommunalen Institutionen in der RS durch die Beamten von SIPA zu verhindern. SIPA wurde in der RS zu einer "verfassungswidrigen Institution der Staatsanwaltschaft und des Gerichtes von BiH"¹ erklärt. Ihr Handeln sei nach der Verfassung der RS verfassungswidrig.

Für deutsche Verhältnisse bedeutete dies, Polizei und LKA irgendeines Bundeslandes wird durch die Landesregierung untersagt, dass das BKA auf dem Gebiet des jeweiligen Bundeslandes Ermittlungen durchführen darf.

Gleichsam wurde am 10. Dezember von der Regierung der RS beschlossen, nicht mehr mit der gesamtstaatlichen Staatsanwaltschaft von BiH und dem höchsten Verfassungsgericht von BiH zusammen zu arbeiten.

Vorausgegangen war dieser Entscheidung die Verhaftung von fünf Verdächtigen aus der RS und die Durchsuchungen an vier Standorten in der RS - sowie Gebäuden in der Gemeinde Novi Grad und der Polizeistation Novi Grad (RS) am 09. Dezember 2015. Alle fünf Festgenommenen sind der Kriegsverbrechen an der bosniakischen Bevölkerung zwischen 1992 und 1995 verdächtig. Die Regierung der RS sieht das gemeinsame Handeln der Staatsanwaltschaft von BuH und von SIPA als Verletzung der polizeilichen Kompetenzen der RS an.

¹ <http://www.klix.ba/vijesti/bih/sve-institucije-rs-a-prekidaju-saradnju-sa-sipa-om-sudom-bih-i-tuzilastvom-bih/151210067>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN HERZEGOWONIA

DR. KARSTEN DÜMMEL

15. Dezember 2015

www.kas.de

Warum die Verhaftungen und Ermittlungen gerade zu diesem Zeitpunkt stattfanden, wurde bisher von keiner Seite erklärt. Anfangsverdacht, Beweise und Hinweise zu den Verbrechen, Zeugenaussagen und Ermittlungen zu den Vorwürfen sind seit Jahrzehnten bekannt.

Entscheidung des Verfassungsgerichtes führtE zur Krise

Am 30. November 2015 hatte es Präsident Dodik in der RS zudem geschafft, als Protest auf eine Gerichtsentscheidung des staatlichen Verfassungsgerichtes von BuH, alle serbischen Parteien (auch der Opposition) hinter sich zu vereinen.² Das gesamtstaatliche Verfassungsgericht hatte in der Woche zuvor in letzter Instanz entschieden, dass der 09. Januar nicht mehr als Nationalfeiertag der RS begangen werden dürfe,³ weil auf dieses Datum auch ein religiöser Feiertag falle.⁴ Stattdessen sollte – wie in der Föderation BuH – der 25. November als Nationalfeiertag des Gesamtstaates BuH auch in der RS begangen werden.⁵ In der gelebten Praxis der zweiten Entität wurde der 09. Januar seit dem Daytoner Friedensvertrag vom Dezember 1995 als Nationalfeiertag der RS in der RS begangen. Er geht zurück auf den 09. Januar 1992, als bosnisch-serbische Politiker die RS ausriefen, weil sie gegen die bevorstehende Unabhängigkeit der Republik Bosnien und Herzegowina und die Loslösung von Jugoslawien waren. Von den beiden anderen ethnischen Gruppen im Land, den Bosniaken und den Kroaten, die in der RS, aber auch in der Föderation leben, wird der 09. Januar jedoch als Tag der Diskriminierung und als Beginn der Vertreibung gesehen.

Die Klage, die zu diesem Urteil des Verfassungsgerichtes führte, war auf Betreiben des Parteivorsitzenden der größten bosniakischen Partei SDA, Bakir Izetbegović bereits 2013 eingereicht worden. Auf Grund der gegenwärtigen Verhandlungen mit der EU und auf Grund des laufenden Prozesses zur Reformagenda für einen möglichen EU-Kandidatenstatus von BuH muss eingeschätzt werden, dass das Urteil zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt kam. Zudem wird es national wie international äußerst kritisch bewertet.⁶

Milorad Dodik, Präsident der RS, hatte nach der Verkündung des Urteils des Verfassungsgerichtes am 28. November gemeinsam mit der Regierung der RS zu drohen begonnen, alle staatlichen und internationalen Gremien zu verlassen (EU Reformagenda) und damit den Staat BuH völlig handlungsunfähig zu machen. Dies würde bedeuten, dass alle erreichten Fortschritte der deutsch-britischen bzw. der europäischen Initiative in Richtung auf den EU-Kandidatenstatus blockiert wären. Dass die Reformbewegung im Land, die über das in Kraft getretene SAA für BuH (Juli 2015) seit Dezember 2014 zu spüren war, wieder zum Stillstand käme. Dies könnte auch bedeuten, dass das Langzeitziel Dodiks, der in diesem Jahr immer wieder thematisierten Referenden der RS (1. Loslösung von der gesamtstaatlichen Justiz und damit vom gesamtstaatlichen Verfassungsgericht von BuH und 2. Unabhängigkeit der RS von BuH) in greifbare Nähe rücken.⁷

² Siehe: "Bickering Serb Parties pause power feud to defend embattled holiday" IN: BOSNIA DAILY 30.11.2015, S. 1.

³ 95. Plenarsitzung des Verfassungsgerichtes BuH vom 26.-27.11.2015
<http://www.ustavnisud.ba/novosti/sjednice/?id=5e3435a4-5143-4a18-8a7e-ec26cb3c3950&lang=en>

⁴ Tag des Erzdiakons Stephan in der serbisch-orthodoxen Tradition. Gleichsam wird in dem Urteil auch betont, dass Menschen mit einem anderen ethnischen oder religiösen Hintergrund als dem der Serben durch diesen Feiertag diskriminiert würden.

⁵ Der 25. November erinnert an die Ausrufung der Volksrepublik Bosnien und Herzegowina in Mrkonjić Grad als Teil Jugoslawiens am 25.11.1943.

⁶ Es gibt mehrere Beispiele anderer Feiertag von anderen ethnischen Gruppen im Land, wo ebenfalls staatliche Feiertage auf religiöse Feiertage fallen.

⁷ Am 02.12.2015 hatte der Peace Implementation Council's Steering Board (PIC SB) von BuH, mit der Ausnahme von Russland, entschieden, dass das angekündigte Referendum der RS über die Entscheidung zur Unabhängigkeit von allen Gerichtsentscheidungen von BUH (auch des Verfassungsgerichtes BuH) den Daytoner Friedensvertrag verletzen würde. Siehe: BOSNIA DAILY 03.12.2015, S.1

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN HERZEGOWONIA

DR. KARSTEN DÜMMEL

15. Dezember 2015

www.kas.de

Dodik sprach in den vergangenen Tagen öffentlich darüber, Urteile des Verfassungsgerichtes BuH nicht mehr zu respektieren.⁸ Zudem verlangte er in einer Art Ultimatum, dass das Parlament auf der gesamtstaatlichen Ebene innerhalb von 120 Tagen das Gesetz über das Verfassungsgericht so ändere, dass die drei internationalen Richter das Gericht verlassen müssen und dass das Mandat des Gerichts sehr viel mehr eingeschränkt werden müsse wie bisher. (Derzeit gibt es neun Richter: drei internationale, zwei serbische, zwei kroatische und zwei bosniakische.)⁹

Reaktionen von Politik und Medien

Auf Grund der jüngsten Entwicklung wird in den bosnischen Medien und von einzelnen Politikern seit dem 10. Dezember darüber spekuliert, ob demnächst Polizisten der RS auf Polizisten von SIPA schießen könnten.¹⁰ Häufig werden Parallelen zwischen der jetzigen Situation und der Situation im Frühjahr 1992 gezogen, als bereits Wochen vor Ausbruch des Krieges Mandate zurückgezogen und die Zusammenarbeit auf sämtlichen Ebenen des Staates nach und nach eingestellt worden waren.

Journalisten, Oppositionspolitiker und Abgeordnete forderten den Hohen Repräsentant (OHR) Valentin Inzko mehrfach auf, seine "Bonn-powers" aktiv wieder zu benutzen, um die Spirale von Provokationen im Land zu beenden.¹¹

⁸ „Serben-Präsident Dodik kündigt Widerstand gegen Urteil des Verfassungsgerichts an“. IN: <http://www.nzz.ch/international/serben-praesident-dodik-kuendigt-widerstand-gegen-urteil-des-verfassungsgerichts-bosniens-an-1.18654696>

⁹ <http://derstandard.at/2000026778592/Bosnisch-serbische-Politiker-fordern-Referendum>

¹⁰ Pedrag Kojovic, von der Partei Nasa Stranka (NS Unsere Partei) fragte dies öffentlich. Er forderte zudem den OHR auf, zu handeln. In: BOSNIA DAILY vom 11.12.2015. S.1

¹¹Ebd.